
WZBrief Bildung

08 | Mai 2009

Andere Bundesländer, andere Aussichten: Der Wohnort ist mit entscheidend für Bildungschancen

Marcel Helbig

Bildungschancen differieren zwischen den deutschen Bundesländern, und damit unterscheiden sich auch die Lebenschancen in Deutschland je nach Schulort.

Es gibt einen ungleichen Zugang zu Bildungsabschlüssen in den 16 Bundesländern.

Die Signalwirkung, die von diesen auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ausgeht, ist allerdings in ganz Deutschland die gleiche.

Andere Bundesländer, andere Aussichten: Der Wohnort ist mit entscheidend für Bildungschancen

Marcel Helbig

*„Für mich lautet das, was man ‚Sozialstaatsauftrag‘ nennt: gleiche Lebenschancen für alle.“
(Ex-Bundespräsident Johannes Rau im Jahr 2000)*

Für die Arbeitsmarktchancen und damit auch Lebenschancen sind in Deutschland Bildungsabschlüsse zentral. Hat man hier ein Studium abgeschlossen, so ist das Risiko von Arbeitslosigkeit gering und das Einkommen hoch. Hat man hingegen die Schule nur mit einem Hauptschulabschluss oder sogar ohne einen solchen verlassen, ist es schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Das Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiko steigt infolgedessen an.

Bildungsabschlüsse gelten für deutsche Arbeitgeber und Universitäten als Signale für Lernmotivation und Leistungsbereitschaft. Arbeitgeber vertrauen Schulen, dass sie die Kompetenzen ihrer Schüler¹ erkennen und entsprechend benoten. Wer keinen Hauptschulabschluss besitzt, gilt als (noch) nicht „ausbildungsreif“; wer keine allgemeine Hochschulreife aufweist, gilt für deutsche Universitäten als nicht kompetent genug, um zu studieren. Mit dieser Art des Sortierens von Schulabgängern durch die Vergabe von Bildungsabschlüssen strukturiert die Institution Schule langfristig Lebenschancen.

Nun ist spätestens seit PISA bekannt, dass Bildungschancen ungleich verteilt sind: nach sozialer Herkunft, Geschlecht und ethnischer Herkunft. Weniger bekannt ist aber, dass auch das Bundesland, in dem man zur Schule geht, ungleiche Bildungschancen – im Sinne des Zugangs zu Bildungsabschlüssen – generiert.

Der Bildungsföderalismus produziert ungleiche Bildungschancen

Deutschlands 16 Bildungssysteme unterscheiden sich hinsichtlich Schulstruktur und pädagogischer Grundausrichtungen zum Teil deutlich, so dass ein bildungspolitischer „bunter Flickenteppich“ (Wolf 2008) entstanden ist. Viel spricht dafür, dass es in Deutschland „bildungsföderale“ Ungleichheiten gibt, die sich aus einem ungleichen Zugang zu Bildungsabschlüssen ergeben.

Schon beim Zugang zum Gymnasium unterscheiden sich die 16 Bildungssysteme Deutschlands stark voneinander. In Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen werden unter 40 Prozent aller Schüler auf ein Gymnasium überwiesen (siehe Tabelle). In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, aber auch in sämtlichen ostdeutschen Flächenstaaten können mindestens 45 Prozent der Schüler ein Gymnasium besuchen. Die Anforderungen, die die drei großen westdeutschen Flächenstaaten an ihren gymnasialen Nachwuchs stellen, scheinen hier höher zu sein als im Osten der Republik und in den Stadtstaaten. Denn diese niedrigen Übergangsquoten

haben mit einer Leistungsschwäche der bayrischen und baden-württembergischen Schüler nichts zu tun. Das haben sie in den IGLU-, TIMSS- und PISA- Studien oft bewiesen: Bei diesen Untersuchungen gehörten sie immer zur Spitzengruppe unter den deutschen Ländern.

Auch der Schulalltag an den Gymnasien unterscheidet sich deutlich in den Bundesländern. So müssen Schüler in Sachsen-Anhalt, Bremen oder Berlin dreimal häufiger damit rechnen, eine Klasse zu wiederholen, als Schüler in Brandenburg oder Niedersachsen. Eine Klasse wiederholen zu müssen, ist dabei nicht nur eine psychische Belastung und eine schwere persönliche Misserfolgserfahrung für die betroffenen Schüler, sondern endet häufig auch mit dem Verlassen des Gymnasiums in Richtung Realschule.

Unterschiede bei den Überweisungsquoten auf das Gymnasium und das unterschiedliche Risiko, Klassen wiederholen zu müssen, haben zur Folge, dass auch die Chancen, ein Abitur erwerben zu können, je nach Bundesland sehr ungleich sind. So erlangte in Brandenburg, Berlin, Hamburg und Thüringen knapp jeder dritte Schüler im Jahr 2007 das Abitur an einer allgemeinbildenden Schule. In Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, dem Saarland und Bayern schaffte es hingegen nur gut jeder fünfte Schüler.

Abbildung 1
Ausgewählte Bildungsindikatoren für die deutschen Bundesländer

	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
Überweisung auf das Gymnasium in der 5. Klasse in Prozent ¹ (2007)	38,0	35,8	45,2	46,6	49,1	48,9	44,3	45,7	44,0	38,3	40,9	40,4	45,4	46,7	40,2	45,3
Klassenwiederholer an Gymnasium an allen Schülern auf dem Gymnasium in Prozent (2007)	1,6	2,9	3,1	1,2	3,3	2,5	2,7	2,6	1,4	2,3	2,1	2,7	2,3	3,8	1,7	2,5
Abiturientenquote 2007 an der altersspezifischen Bevölkerung in Prozent ²	22,8	20,4	30,4	31,2	28,9	29,8	24,1	24,6	23,2	27,3	24,8	22,4	25,8	22,8	23,3	29,0
Studienberechtigte mit allgemeiner Hochschulreife ³ an der altersspezifischen Bevölkerung ⁴ in Prozent (2007)	34,2	22,9	36,0	34,4	34,2	36,5	30,1	28,7	29,7	32,0	29,4	24,2	29,5	25,8	31,1	31,8
Abgänger ohne Hauptschulabschluss an der alterstypischen Bevölkerung ⁵ in Prozent (2007)	5,9	6,8	10,7	11,5	8,9	10,3	8,2	12,0	7,3	6,8	7,4	7,1	9,5	11,5	9,0	7,7
Förderschüler an allen Schülern in der 8. Klasse in Prozent (2007)	4,5	3,3	4,1	6,0	5,3	5,5	4,9	10,7	4,6	4,6	3,9	2,1	7,5	9,5	3,4	9,2
Chance von Kindern aus der Oberschicht, im Gegensatz zu Kindern aus der Unterschicht auf dem Gymnasium zu sein, bei gleichen Lese- und Mathekompetenzen (2003). (ESCS) ⁶	4,4	6,7	2,7	2,4	2,8	3,6	2,7	3,5	2,6	4,4	4,6	3,5	2,8	6,2	2,7	3,2

■ unterdurchschnittlich ■ überdurchschnittlich

Quellen: Statistisches Bundesamt (2008a), eigene Berechnungen; Statistisches Bundesamt (2008b), eigene Berechnungen; KMK (2007); PISA – Konsortium Deutschland 2003

¹ In Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg zur 7. Klasse

² In Thüringen und Sachsen als Durchschnitt der Bevölkerung von 18 bis unter 20 Jahren, in allen anderen Bundesländern: Durchschnitt der Bevölkerung von 19 bis unter 21 Jahren
Für Sachsen-Anhalt sind die Zahlen von 2006 festgehalten (wegen des doppelten Gymnasialjahrgangs 2007)

³ Einschließlich fachgebundener Hochschulreife

⁴ Durchschnitt der Bevölkerung von 18 bis unter 21 Jahren

⁵ Durchschnitt der Bevölkerung von 16 bis unter 18 Jahren

⁶ Der ESCS-Index ist aus folgenden Informationen zusammengesetzt: (a) sozioökonomischer Status der Eltern, (b) Bildung der Eltern und (c) Besitz kultureller Güter (z.B. Besitz von Büchern)

Dabei sollte angemerkt werden, dass vor allem Baden-Württemberg seinen Schülern alternative Wege zur allgemeinen Hochschulreife (z.B. Fachgymnasium) anbietet und so doch noch ähnlich viele Studienberechtigte für die Universität ausbildet wie die führenden Bundesländer. Diese Möglichkeit wird den Schülern in Bayern, Sachsen-Anhalt und dem Saarland kaum gewährt. Die Schüler in den Stadtstaaten, in Brandenburg und Baden-Württemberg haben eine 1,5-mal so hohe Chance wie Schüler in Bayern und dem Saarland, die allgemeine Hochschulreife zu erlangen und damit an einer Universität studieren zu können (oder einen hochwertigen Ausbildungsplatz zu finden). Ob man an einer Universität studieren kann oder nicht, hängt somit in Deutschland immer noch stark davon ab, ob man in Landshut, Dessau oder Saarbrücken oder in Cottbus, Karlsruhe, Bremerhaven, Hamburg oder Berlin zur Schule gegangen ist.

Mit diesen unterschiedlichen Bildungschancen differieren die Lebenschancen in den Bundesländern, aber auch die Aufstiegschancen. Wir wissen, dass sich Kinder bildungsnaher Schichten fast immer im Bildungswettbewerb durchsetzen (dazu mehr Solga 2008). Je geringer aber die Anzahl der Plätze in den Gymnasien, desto weniger Plätze sind noch frei für Kinder aus bildungsfernen Schichten. Somit wird aus der föderalen Bildungsungleichheit soziale Ungleichheit (Allmendinger/Helbig 2008). Die Ergebnisse der PISA-Studie 2003 bestätigen diese These. Die Chance auf einen Gymnasialbesuch hängt in Bayern, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg mehr als doppelt so stark vom sozialen Status der Eltern ab wie in Brandenburg (siehe Tabelle).

Der Bildungsföderalismus führt allerdings nicht nur im oberen Bereich des Bildungssystems zu deutlichen Unterschieden, auch am unteren Ende sind die Risiken für einen niedrigen Schulabschluss ungleich verteilt. Beenden in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen unter 7 Prozent der Schüler ihre Schulzeit ohne Hauptschulabschluss, sind es in Hamburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zum Teil doppelt so viele.

Das Risiko, ohne Abschluss von der Schule abzugehen, ist stark mit dem Anteil der Förderschüler in einem Bundesland verbunden. Von diesen Schülern beenden deutschlandweit rund 77 Prozent² die Schule ohne einen allgemeinbildenden Schulabschluss. Hinsichtlich des Förderschüleranteils belegen die ostdeutschen Bundesländer durchweg die letzten Plätze. In Bayern, dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein ist das Risiko, eine Förderschule zu besuchen, dreimal geringer als in Thüringen, Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern. Hierbei gibt es keinen Grund anzunehmen, dass die Schüler im Osten einen so viel höheren Förderbedarf haben.³ Die Überweisung auf eine Förderschule und/oder der Abgang von der Schule ohne einen Hauptschulabschluss führen dazu, dass es für die Betroffenen fast unmöglich ist, eine Lehrstelle zu erhalten. Das Arbeitslosigkeitsrisiko steigt, und die Lebenschancen sinken.

Wir haben 16 Schulsysteme in Deutschland, die sich in ihrer Schulstruktur, den Gesetzen, Verordnungen und Inhalten, aber auch in ihrer Sozialstruktur unterscheiden. Wie sich deren Merkmale – beispielsweise ethnische Zusammensetzung, Bildungsstand, sozialer Status – auf Erfolg oder Misserfolg eines Schülers in den Schulsystemen auswirken, ist kaum erforscht. Viel spricht jedoch dafür, dass die unterschiedlichen Schulsysteme auch unabhängig von der Sozialstruktur Bildungsungleichheiten produzieren. Es gibt keine einheitlichen Leistungsstandards in den Bundesländern, die definieren, was ein Schüler können muss, um das Abitur zu erwerben, und was ein Förderschüler nicht können darf, um Förderschüler zu werden. Und obwohl es solche Standards nicht gibt, werden die Schüler im gesamten deutschen Arbeitsmarkt und bei der Hochschulzugangsberechtigung aufgrund ihrer Bildungsabschlüsse so behandelt, als gäbe es solche Maßstäbe. Der Zugang zu Bildungsabschlüssen in den 16 Bundesländern ist ungleich – die Signalwirkung, die von diesen ausgeht, ist allerdings in ganz Deutschland die gleiche.

Zum Autor

Marcel Helbig ist seit 2008 Doktorand in der BMBF-Arbeitsgruppe „Education and Transitions into the Labour Market“ am WZB.

Fazit

Über die Prozesse und Mechanismen, die die ungleichen Bildungschancen in den Bundesländern produzieren, wissen wir bisher relativ wenig. In der Bildungsforschung wurde der Bundesländervergleich bislang stark vernachlässigt. Hier ist in Zukunft mehr Forschung nötig. Klar scheint, dass das föderale Bildungssystem eine Vielzahl potenzieller Ungleichbehandlungen hervorbringt: Der Leistungsstand, der erreicht werden muss, um auf ein Gymnasium überwiesen zu werden, die Häufigkeit des Einsatzes des Instruments der Klassenwiederholung, die Möglichkeit, die allgemeine Hochschulreife nachholen zu können, und der Leistungsstand, der zur Beurteilung angelegt wird, wann ein Kind auf die Förderschule überwiesen werden sollte, beeinflussen den Zugang zu Bildungsabschlüssen.

Das Signal und die Berechtigungen, die mit Schulabschlüssen verbunden sind, sind jedoch in ganz Deutschland gleich. Es muss für das Erlangen von Bildungsabschlüssen in ganz Deutschland gleiche Standards geben. Die Bildungspolitik ist auch Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Daher ist es nicht einzusehen, warum die Bundesländer für ein solch zentrales Politikfeld die alleinige Verantwortung haben sollten. Fehler der letzten Runde der Föderalismusreform im Bereich der Bildungshoheit können und sollten daher rückgängig gemacht werden.

Weiterführende Literatur

Jutta Allmendinger/Marcel Helbig (2008): Zur Notwendigkeit von Bildungsreformen. In: WSI-Mitteilungen, Nr. 7/2008, S. 394-399.

DeutschesPISA-Konsortium (2005): PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – Was wissen und können Jugendliche. Münster/New York/München/Berlin: Waxman.

Justin J.W. Powell/Lisa Pfahl (2008): Sonderschule behindert Chancengleichheit. In: WZBrief Bildung 2008/04. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Johannes Rau (2000): Rede des Bundespräsidenten bei der Verleihung des Hans-Böckler-Preises 2000 am 13. Oktober 2000 in Potsdam.

Statistisches Bundesamt (2008a): Allgemeinbildende Schulen – Schuljahr 2007/2008, Fachserie 11 Reihe 1. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, (2008b): Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11 Reihe 4.3.1, 1980-2007. Wiesbaden.

Heike Solga (2008): Wie das deutsche Schulsystem Bildungsungleichheiten verursacht. In: WZBrief Bildung 2008/01. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Frieder Wolf (2008): Die Schulpolitik – Kernbestand der Kulturhoheit. In: Achim Hildebrandt/Frieder Wolf (Hg.): Die Politik der Bundesländer, Staatstätigkeit im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Der WZBrief **Bildung** erscheint mehrmals im Jahr in unregelmäßigen Abständen. Er bietet knappe Analysen von WZB-Forscherinnen und Forschern zu einem Thema aus dem Bereich Bildung.

Der WZBrief **Bildung** wird elektronisch versandt. Abonnieren unter: wzbrieftbildung@wzb.eu

Impressum

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Herausgeberin
Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.
Redaktion
Dr. Paul Stoop
Wiebke Peters

Reichpietschauer 50
D-10785 Berlin
www.wzb.eu
Telefon: +49 30 25 491-0
Telefax: +49 30 25 491-684

Quellenverzeichnis

¹ Mit „Schülern“ sind im Text sowohl Schülerinnen als auch Schüler gemeint: Gleiches gilt für Lehrer, Förderschüler etc.

² Statistisches Bundesamt (2008a), eigene Berechnungen.

³ Mehr zum Thema Förderschulen in Powell/Pfahl (2008).